



Dokumentieren, Forschen, Hinterfragen

In Frankfurt am Main ist das „Fritz Bauer Institut / Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“ als Stiftung gegründet worden

von Christoph Scheffer

Ein Schild

an einem Gebäude der Gedenkstätte Natzweiler. „Gaskammer. Besuch etwa jede Viertelstunde. Bitte haben sie Geduld. Danke.“ Vitrinen im Museum von Auschwitz: Haare, Koffer, Beinprothesen hinter Glas. Solche Fotografien sind in einer Ausstellung zu sehen, die das Fritz Bauer Institut in Frankfurt schon vor seiner eigentlichen Gründung organisiert hat: Bilder des Fotografen Reinhard Matz unter dem Titel „Die unsichtbaren Lager - Das Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken“ (Der Katalog ist als roter Sachbuch erschienen). Die Ausstellung ist programmatisch. Sie zeigt die Schwierigkeit, zum Teil auch die Absurditäten, die beim Versuch, die Shoah zum Gegenstand eines Museums oder einer Gedenkstätte zu machen, entstehen. Ein Museum will das Fritz Bauer Institut nicht sein und auch keine Gedenkstätte. Aber was dann?

Am Anfang

stand ein Unbehagen und ein Vorschlag. 1989 war der damalige Frankfurter Oberbürgermeister Volker Hauff (SPD) von einem Israelbesuch zurückgekehrt, wo er auch das Jerusalemer Holocaust Memorial Yad Vashem besucht hatte. Volker Hauff stellte die für einen deutschen Politiker in verantwortlicher Position bemerkenswerte Frage, warum es einen solchen Ort in Israel und den USA - in den Emigrationsländern

der Überlebenden - gebe, aber nicht im Land der Täter und Mitläufer, und regte an, eine ähnliche nationale Gedenkstätte in Frankfurt zu errichten. Mehr als fünf Jahre später, am 15. Januar 1995, ist mit einem Festakt im Frankfurter Schauspiel das Fritz Bauer Institut als Stiftung gegründet worden. Die Aufgabe des Instituts wird im Untertitel jedoch anders definiert, als in den ursprünglichen Überlegungen von Volker Hauff. Keine nationale Gedenkstätte soll es sein, sondern ein interdisziplinäres „Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“.

Die Stiftung

wird getragen von der Stadt Frankfurt, dem Land Hessen und dem privaten „Förderverein Fritz Bauer Institut“, die mit jeweils DM 200.000 am Stiftungskapital beteiligt sind. Die drei Träger sind auch mit jeweils zwei Personen im Stiftungsrat vertreten. Ohne die finanzielle und ideelle Unterstützung durch den Förderverein wäre es wohl kaum zur Stiftungsgründung gekommen. Hunderte von Mitgliedern haben sich dem Verein mittlerweile angeschlossen, auch Organisationen, Landkreise und Gemeinden, vor allem aber Einzelpersonen, darunter Ignatz Bubis, Romani Rose, Rita Süßmuth, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dieter Schulte und Alfred Biolek. Die Unterstützung des Vereins wird auch weiterhin nötig sein, denn jährlich DM 800.000 für die laufenden Kosten, die derzeit von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gemeinsam getragen werden, sind bei weitem nicht ausreichend. Dies hat

auch der hessische Ministerpräsident Hans Eichel eingesehen, als er beim Festakt anlässlich der Stiftungsgründung ein stärkeres Engagement des Landes ankündigte. Angesichts der bundesweiten Bedeutung des Instituts müßten sich aber auch andere Länder und vor allem der Bund beteiligen.

Der Weg

bis zur Institutsgründung war nicht geradlinig. Es gab politische Stolpersteine, zum Beispiel den Rücktritt von Oberbürgermeister Hauff und die sich anschließende Frage, ob die Kulturdezementin Linda Reisch das Projekt auch gegen zeitweilige Widerstände im Frankfurter Magistrat durchsetzen können. Es gab aber auch öffentlich und sehr fruchtbar geführte Debatten über mögliche Formen und Inhalte der geplanten Einrichtung sowie zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen, in denen die entstehende Konzeption und Arbeitsweise des Instituts bereits ablesbar wurde.

Im Sommer 1991 war beim städtischen Amt für Wissenschaft und Kunst eine „Arbeitsstelle zur Vorbereitung des Frankfurter Lem- und Dokumentationszentrums des Holocaust“ (so lautete der damalige Arbeitstitel) eingerichtet worden. Hanno Loewy, der zuvor bereits die mögliche Struktur eines solchen Zentrums in einem Gutachten skizziert hatte, wurde Leiter der Arbeitsstelle. Schon im Herbst 1991 trafen sich auf Einladung der Arbeitsstelle Historiker und Museumsfachleute in Frankfurt zu einem öffentlichen Hearing über das Projekt (einige der Beiträge sind in dem von



Hanno Loewy herausgegebenen Band „Holocaust: Die Grenzen des Verstehens - Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte“, rororo Sachbuch, nachzulesen). Die folgenden Fragen standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion:

- Während Holocaust-Gedenkstätten und -Museen in den USA oder in Israel geographisch weit vom Ort des Geschehens entfernt sind, ist beinahe jede Straße in Deutschland ein potentieller Gedenkort für Deportation und Massenvernichtung. Was bedeutet dies für die Arbeit des geplanten Zentrums?
- Yad Vashem in Jerusalem oder das Holocaust Memorial Museum in Washington erzählen die Geschichte der Shoah überwiegend aus der Perspektive der überlebenden Opfer. Welchen Stellenwert muß bei einem Institut in Deutschland die Auseinandersetzung mit den Tätern haben?
- Die „Gegenrationalität“ der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik und der Monstrosität der Verbrechen entziehen sich weitgehend der Darstellung und medialen Vermittlung. Der Zivilisationsbruch kann, wenn überhaupt, nur gedanklich erfaßt, nicht jedoch emotional nachvollzogen werden. Welche Konsequenzen hat dies für einen möglichen Bildungs- und Ausstellungsbereich des Zentrums?
- Trauer und Gedenken sind weitgehend in Ritualen erstarrt. Welche Formen der emotionalen und ästhetischen Auseinandersetzung mit der Shoah gibt es? Welche „liturgischen“ Formen des Gedenkens können entwickelt werden?
- Die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 ist geprägt von unterschiedlichen Deutungen der NS-Vergangenheit, von der Bearbeitung oder eben Nicht-Bearbeitung des Themas in Politik, Justiz, Geschichtsschreibung, Kunst und Medien. Auf welche Weise kann das geplante Zentrum diesen Umstand selbst zum Thema machen?

Ein Konzept

zu erarbeiten, basierend auf den Diskussionen des Hearings, war Aufgabe einer Planungsgruppe, die im Februar 1992 von Kulturdezementin Linda Reisch einberufen wurde. Beteiligt waren hierbei HistorikerInnen, PädagogInnen und MitarbeiterInnen von Museen und Gedenkstätten, sowie VertreterInnen der Stadt Frankfurt und des Hessischen Kultusministeriums. Im November wurde der Abschlußbericht vorgestellt, womit das geplante Institut - zumindest auf Papier - konkrete Formen angenommen und auch einen Namen bekommen hatte.

Fritz Bauer,

der 1968 verstorbene Hessische Generalstaatsanwalt und Wegbereiter des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, wurde als Namensgeber gewählt. „Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit erfordert gewiß ein Wissen um Fakten, aber das genügt nicht. Nötig ist auch der Versuch ihrer Deutung, ohne die keine Folgerung und keine Lehre gezogen werden können“, hat Fritz Bauer einmal gesagt und damit einen Anspruch auch des zu gründenden Instituts formuliert. „Von Pädagogik hat Fritz Bauer Zeit seines Lebens wenig gehalten“, heißt es in dem Abschlußbericht der Planungsgruppe, „und dennoch war der streitbare Jurist selbst ein großer Pädagoge. Ihm ging es um die Möglichkeiten selbstbestimmten Lernens, gemeinsam und in der Austragung von Konflikten, durch Bewußtmachung und nicht durch Überwältigung“. Mit dem Auschwitz-Prozeß, der von 1963 bis 1965 in Frankfurt stattfand, habe Fritz Bauer „keinen Schauprozeß“ angestrebt, sondern „gesellschaftliches Lernen in den Bahnen des Rechts“.

Fritz Bauer und der Frankfurter Auschwitz-Prozeß waren auch Thema eines internationalen Kongresses, den das noch im Aufbau befindliche Fritz Bauer Institut anläßlich des 30. Jahrestages des Prozeßbeginns im Dezember 1993 veranstaltete.

Ein Jahr später ging es in einem Symposium um den letzten von Fritz Bauer angestrebten Prozeß, der aber nach seinem Tod keine Unterstützer mehr hatte und niemals stattfand, ein Verfahren gegen die in den nationalsozialistischen Behinderten- und Krankenmord verwickelte Spitze der deutschen Justiz.

Nach der Stiftungsgründung

soll nun das Institut von Hanno Loewy schrittweise aufgebaut werden. Ein interdisziplinär besetzter Wissenschaftlicher Beirat ist einzuberufen. Für die Arbeitsbereiche Dokumentation/Zeitzeugen, Ausstellungen/Veranstaltungen, Pädagogik und Forschung sollen Stellen eingerichtet werden. Mittelfristig wird eine Stiftungsprofessur an einer hessischen Universität angestrebt und langfristig die Einrichtung eines interdisziplinären Forschungskollegs, in dem etwa 15 WissenschaftlerInnen an Projekten arbeiten sollen.

Der Forschungsbereich

soll interdisziplinär angelegt sein und sich nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränken. Denn der Konflikt um die Erinnerung hat längst seine eigene Geschichte. Die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit hat die Gesellschaften beider deutscher Nachkriegsstaaten nachhaltig geprägt. Nach der Vereinigung und mit der Verortung neuer nationaler Identitäten in Europa hat die politische Mythenbildung um den Holocaust eine neue Qualität angenommen. Gerade die verschiedenen Formen der Aneignung und Deutung nach 1945 werden daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit im Fritz Bauer Institut sein:

- unterschiedliche Perspektiven auf den Holocaust in der persönlichen Erfahrung von Opfern, Tätern, Mittläufern oder Zuschauern und der jeweils vermittelten Erfahrung bei deren Nachkommen;



- Auseinandersetzungen um Formen der öffentlichen Erinnerung, wie sie unter anderem regelmäßig bei bevorstehenden Gedenktagen und Denkmalprojekten zu Tage treten;
- Debatten über historiographische Deutungen der NS-Vernichtungspolitik.

Als erster Schritt zur Forschungstätigkeit im Fritz Bauer Institut sollen von Arbeitskreisen einzelne Forschungsprojekte vorbereitet werden, zum Beispiel:

- „Anamnetische Kultur“: Hier sollen Formen der Erinnerung in Ritual, Liturgie und Vergegenständlichungen wie Gedenkstätten, Denkmäler und Museen untersucht werden.
- Neonazismus/Rechtsradikalismus: Hier soll es um die Rezeption des Nationalsozialismus bei Jugendlichen und seine Faszination gehen.
- Täterforschung: Hier soll das Handeln in den Strukturen einer Tätergesellschaft untersucht werden und die Formen, in denen die dabei gemachten Erfahrungen über die Generationen tradiert werden.
- Überlebende als Zeitzeugen: Hier soll die Bedeutung mündlicher Zeugnisse und ihrer medialen Bewahrung kritisch reflektiert werden.

Der Dokumentationsbereich

des Fritz Bauer Instituts soll im Unterschied zu bestehenden und auf einzelne Aspekte beschränkten Archiven (Document Center, Germania Judaica) interdisziplinär aufgefächert sein. Dabei geht es nicht primär um das Sammeln von Originaldokumenten, sondern um das Erschließen von Quellen für einen breiten Kreis von Nutzern:

- Datenbanken, Microfiche, Findhilfen und Bibliographien sollen Interessierten den Zugang zum Material anderer Archive und Bibliotheken erleichtern. Als erster Band einer vom Fritz Bauer Institut herausgegebenen Reihe „Verzeichnisse“ ist eine „Annotierte Biblio-

graphie der deutschsprachigen Auschwitzliteratur“ von Werner Renz erschienen.

- Einzelne Dokumentationsprojekte sollen sich mit speziellen Fragestellungen beschäftigen. So arbeitet eine Gruppe des Fritz Bauer Instituts bereits gemeinsam mit dem Bremer „Institut Film Fernsehen“ und dem Bundesarchiv an einer „Cinematographie des Holocaust“. Ziel dieses ersten großen Dokumentationsprojektes ist es, eine möglichst vollständige Datenbank über Filmdokumente aus der NS-Zeit und Dokumentar- und Spielfilme zum Holocaust zu erstellen. Hierzu entsteht auch eine Videothek. Ähnliche Dokumentationsprojekte anderer Gruppen und Einrichtungen will das Fritz Bauer Institut unterstützen.
- Die Bibliothek des Fritz Bauer Instituts sammelt u.a. Literatur aus den Bereichen Historische Forschung, Pädagogik, Gedenkstätten, Reflexionen über und ästhetische Auseinandersetzung mit dem Holocaust, biographische Literatur und Nachkriegsgeschichte. Parallel zur Bibliothek, die ab Sommer 1995 benutzbar sein wird, entsteht ein Zeitungsausschnittarchiv.

Ausstellungen und Veranstaltungen

sollen, wie schon in den vergangenen Jahren, regelmäßig organisiert werden und zunehmend auch die eigene Forschungstätigkeit des Instituts widerspiegeln. Zwei Beispiele:

- „Ein Ort wie jeder andere“ heißt eine Ausstellung über die bayerische Kleinstadt Landsberg am Lech. Der Ort, wo Hitler vor 70 Jahren „Mein Kampf“ schrieb, der 1937 zu einer nationalen Gedenk- und Weihestätte erklärt wurde, der umgeben war von Außenlagern des KZ Dachau, in dem tausende jüdischer Zwangsarbeiter bei der Rüstungsproduktion starben, in dem nach 1945 ein DP-Camp eingerichtet wurde, und in dem hunderte von Kriegsverbrechern

der Alliierten inhaftiert waren, dieser Ort spiegelt wie in einem Brennglas die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik mitsamt ihrer Vor- und Nachgeschichte. Parallel zur Wanderausstellung, die in Zusammenarbeit mit der lokalen Initiative erarbeitet wurde, erscheint ein Bildband als roter Sachbuch.

- „Überlebt und unterwegs“ ist der Titel einer internationalen Konferenz zur „Lage und Lebenswelt der jüdischen Displaced Persons 1945-1949“, die das Fritz Bauer Institut vom 19. bis 21. Juli 1995 in München veranstaltet. Ort und Termin sind bewußt gewählt, denn Ende Juli 1945 trafen sich im südbayerischen St. Ottilien jüdische Überlebende aus Deutschland und Österreich zur einzigen überregionalen Konferenz der Überlebenden.

Wanderausstellungen zu verschiedenen Themen können beim Fritz Bauer Institut ausgeliehen werden. Die Unterstützung lokaler Gruppen bei der Konzeption von eigenen Ausstellungen wird angeboten. Eine Plakatmappe mit dem Titel „Die Gegenwart von Auschwitz“, in der Fotografien aus der Gedenkstätte von Henning Langenheilm und Peter Liedtke Zitaten von Opfern und Überlebenden des Vernichtungslagers gegenübergestellt sind, wurde bereits vielfach in der Bildungsarbeit eingesetzt und kann beim Fritz Bauer Institut bestellt werden.

„Die historischen Daten - aber auch die visuellen Zeugnisse - sprechen für sich“, heißt es im Konzept der Ausstellungsarbeit des Instituts, „sie bedürfen der Deutung, der bewußten Distanzierung und Reflexion, um sich ihnen nähern zu können.“ Dementsprechend soll auch in Zukunft bewußt keine Dauerausstellung eingerichtet, sondern mit wechselnden Formen der Präsentation und ästhetischen Auseinandersetzung experimentiert werden. Rückmeldungen der VeranstalterInnen und BesucherInnen von Ausstellungen sollen selbst zum Ausgangspunkt von Rezeptionsforschung werden.



Eine Frau ist in Auschwitz angekommen; der Fotoapparat erfasst sie in der Bewegung. Die Frau versteht es, mit der Stellung des Gesichts diesen Fotoblick aufzufangen und mit den Augen um ein wenig am Blickwerfer vorbeizuschauen. Auf einem Boulevard sähe sie so an einem Herrn, der ihr den Blick gibt, knapp vorbei auf ein Schaufenster. Mit diesem Vorbeisehen sucht sie sich in eine Welt mit Boulevards, Herren und Schaufenstern zu versetzen, fort von hier.

Das Lager, von der SS geführt, soll sie zugrunde richten und der Fotograf, der ihr Schönsein festhält, ist von der gleichen SS. Wie das zusammenspielt, bewahren und zerstören!

Foto: Essayfilm von Harun Farocki, Basis-Film Verleih.

Der pädagogische Bereich

beschäftigt sich mit dem Holocaust als Gegenstand von Aneignungs- und Lernprozessen und Formen der Vermittlung in schulischer und außerschulischer Bildung. Ausgangspunkt der Überlegungen im Bericht der Planungsgruppe ist die „Asymmetrie zwischen kognitivem Wissen und affektiver Hilflosigkeit“ beim Thema Holocaust. Gewarnt wird vor der „Versuchung, gerade im Aufschlagen des schwärzesten Kapitels der Geschichte moderner Zivilisation so etwas wie einen

festen Halt für einen ansonsten brüchig zu werden drohenden demokratischen Wertekanon zu finden“. Den Holocaust als Zivilisationsbruch zu denken, bedeute aber „jede Gewißheit einer Garantie auf zwischenmenschlich verbürgtes (Über-)Leben aufgeben zu müssen“. Immer wieder werde versucht, „die Ereignisse und ihre Deutung so zurechtzurücken, daß wenigstens ein Rest an positiver Deutung auch noch aus diesem Kapitel der deutschen Geschichte zu gewinnen ist“.

Die Konsequenz für das Fritz Bauer Institut: „Kritische Geschichtsdidaktik muß zunächst

einmal diesen Sog, den nicht nur die Lernenden, sondern erst recht die Lehrenden selbst verspüren, als Herausforderung ernst nehmen“. Erst dann könnten ideologische und moralisierende Ansätze in der pädagogischen Behandlung des Holocaust (Faschismus-Theorien bzw. Vorstellungen von Schuld und „Versöhnung“) oder platte Versuche einer Aktualisierung des Themas (Gleichsetzung mit dem Rassismus der Gegenwart) überwunden werden.

Ausgehend von dieser methodenkritischen Diskussion über Geschichtsdidaktik entwickelt ein bundesweiter Arbeitskreis Unter-



richtsmaterialien. Für MitarbeiterInnen in Gedenkstätten, in der Bildungsarbeit in Gemeinden und Organisationen werden Materialien und pädagogische Beratung angeboten. Welche Bedeutung das Thema Holocaust in den „multikulturell“ zusammengesetzten Schulklassen der Einwanderungsgesellschaft hat, ist ein inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit.

Im pädagogischen Bereich hat das Fritz Bauer Institut bereits zahlreiche Kooperationspartner, darunter das US-amerikanische Lehrerfortbildungsinstitut „Facing History and Ourselves“ in Boston. Das hessische Kultusministerium unterstützt die pädagogische Arbeit des Fritz Bauer Instituts durch die Abordnung von zwei Lehrern.

Publikationen

zur Gedenkstättendebatte, zum Konflikt der Erinnerungen, zu einzelnen Forschungsprojekten, zu pädagogischen Fragestellungen und anderen Themen erscheinen als Materialien-Hefte des Fritz Bauer Instituts und - in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen - als Schriftenreihe (Siehe auf der letzten Seite dieses Rundbriefes).

Ein Ort,

an dem das Fritz Bauer Institut sich auf Dauer einrichten könnte, ist noch nicht gefunden worden. Es sind aber zwei gleichmaßen geschichtsträchtige Gebäude in Frankfurt im Gespräch:

- Das erste Frankfurter „Haus der Jugend“ in der Hansaallee, das 1930 fertiggestellt und schon bald nach der Eröffnung immer wieder von nationalsozialistischen Schlägerbanden überfallen wurde, könnte, nachdem es vor einem Jahr von der US-Armee geräumt wurde, zukünftig das Fritz Bauer Institut beherbergen - gemeinsam mit einer „Anne-Frank-Begegnungsstätte“, die von einer Bürgerinitiative gefordert wird.
- Ebenfalls von der US-Armee geräumt wird in diesen Tagen das Hauptgebäude der ehemaligen I.G. Farben. Wenn hier Teile der Frankfurter Universität einziehen würden, wie es derzeit diskutiert wird, wäre das Gebäude auch für das Fritz Bauer Institut ein geeigneter Standort.

Vorläufig hat das Fritz Bauer Institut seine Räumlichkeiten in der Bockenheimer Landstraße 104 in Frankfurt.

Kein Museum, keine Gedenkstätte

will das Fritz Bauer Institut sein. Denkmäler, wie sie derzeit an vielen Orten errichtet werden, versprechen Erinnerungen in einer verbindlichen Form. Diese aber kann es nicht geben, schon gar nicht im Land der Täter. Das Fritz Bauer Institut will aber auch Gedenkstätten und lokale Initiativen nicht überflüssig machen. Es ist keine zentrale Einrichtung, die alles andere ersetzt. Aus dem Förderverein des Instituts haben sich bereits regionale Gruppen

gebildet, die an verschiedenen Orten, darunter Hamburg und München, dezentrale Arbeit machen.

Das Fritz Bauer Institut will dokumentieren und forschen, Materialien zur Verfügung stellen, Partner sein, Diskussionen anregen und immer wieder Geschichts-Bilder in Frage stellen. Eine vom Fritz Bauer Institut organisierte vierwöchige Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz hat dieses Selbstverständnis im Januar einem breiten Publikum deutlich gemacht. Ausgangspunkt fast aller Diskussions- und Vortragsveranstaltungen waren Filme. Über dieses Medium, so die Veranstalter, könne am besten eine kritische Auseinandersetzung über die Frage angeregt werden, „in welchen Bildern Auschwitz ins Bewußtsein der Nachkriegsgeneration gedrungen ist: Was das Medium Film mitteilen und bewirken konnte und wo es an seine Grenzen stieß, an die Grenzen auch dessen, was Auschwitz war und ist“.

Fritz Bauer Institut
Bockenheimer Landstraße 104
60323 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 74 72 90
Fax: (069) 74 72 97

(Christoph Scheffer ist Journalist und arbeitet auf Honorarbasis für das Fritz Bauer Institut.)

NS-Zwangsarbeit

Elektrizitätswerke unterstützen Stiftung

HAMBURG/WARSCHAU, 16. März (dpa). Die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) haben für ihren Einsatz von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkriegs einen „namhaften Geldbetrag“ an die Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“ in Warschau gespendet. Die HEW hatten während des Zweiten Weltkriegs zum Bau ihres Kraftwerkes mehrere hundert KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter eingesetzt. Der Energieversorger betrachtet seinen Beitrag als „Geste zur Aussöhnung und als Bekenntnis zur Gesamtverantwortung für die gemeinsame Vergangenheit“. Über die Höhe der Zahlung wurde mit der polnischen Stiftung Stillschweigen vereinbart.

Die Warschauer Stiftung bezeichnete die Spende als „bedeutenden Beitrag“. Die HEW sei das erste deutsche Unternehmen, das sich an der Stiftung finanziell beteiligt habe, sagte Stiftungschef Andrzej Budzynski in Warschau. Er hoffe, daß andere Konzerne folgen werden.